

***Dein Lübeck.
Deine Wahl.***

**Kommunalwahlen
am 14. Mai**



Wahlprogramm der AfD Lübeck zur Kommunalwahl 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Dein Lübeck. Deine Wahl	Seite 3
2. Wirtschaft & Finanzen	Seite 4 - 5
3. Wohnen & Bauen	Seite 5 - 6
4. Gesundheitspolitik. Alt werden in Lübeck	Seite 6 - 8
5. Sicherheit & Ordnung	Seite 9 - 11
6. Zuwanderung & Integration	Seite 11 - 14
7. Verkehr & Infrastruktur	Seite 14 - 16
8. Bildung & Familie	Seite 16 - 18
9. Kunst & Kultur	Seite 18
10. Bürgernahe Verwaltung & Digitalisierung	Seite 19
11. Umwelt-, Klima- und Tierschutz	Seite 19 - 20

Hinweise	Seite 21
----------	----------

Dein Lübeck. Deine Wahl.

Unser Lübeck ist eine schöne und liebenswürdige Hansestadt mit einer reichhaltigen Kultur und einer über Jahrhunderte gewachsenen Identität. Vom Mittelalter bis in die Gegenwart legt unsere Stadt Zeugnis ab vom Leben und Wirken ihrer Bewohner. Bürgerfleiß und Gemeinsinn haben uns Wohlstand und Frieden gebracht, und bis heute handeln wir Lübecker Bürger nach unserem Wahlspruch am weltbekanntesten Wahrzeichen unserer Stadt, dem Holstentor: „CONCORDIA DOMI FORIS PAX“!

Das reiche Erbe unserer Vergangenheit droht infolge einer links-ideologisch motivierten Politik zerstört zu werden. Eine katastrophale Finanzlage, schwere Bildungsdefizite, eine patientenfeindliche Gesundheitspolitik, marode Infrastruktur und der zunehmende Verlust von Sicherheit und Ordnung sind die offenkundigsten Folgen politischer Fehlentscheidungen auf allen Ebenen.

Was in Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik durch Altparteien verpfuscht wurde, muss repariert werden, genau dafür sind wir von der Alternative für Deutschland angetreten. Seit Mai 2018 sind wir in der Lübecker Bürgerschaft mit einer starken Fraktion vertreten, die stets den Finger in die Wunden einer Ideologie getriebenen Politik gelegt hat. Wir werden den Dienst an unserer Stadt und unserer Heimat fortsetzen, und mit Ihrer Hilfe werden wir ein noch stärkerer Teil der Kommunalpolitik in der Hansestadt Lübeck sein.

Es ist Dein Lübeck, und Du hast die Wahl!



WIRTSCHAFT & FINANZEN

Solide Finanzen sind die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Davon sind wir in Lübeck leider weit entfernt. Lübeck ist seit Jahren mit über einer Milliarde Euro hoch verschuldet. Die Schulden sind trotz einer vergangenen Niedrigzinsphase und steigender Steuereinnahmen noch immer viel zu hoch.

Für solide Finanzen: ein Finanzsenator für Lübeck!

Die hohe Schuldenlast schränkt die Handlungsfähigkeit der Stadt stark ein und ist eine Hypothek für unsere Kinder und Enkel. Andere Großstädte beweisen, dass eine Sanierung der Finanzen durchaus möglich ist; von diesen positiven Beispielen muss Lübeck lernen. Wir finden uns nicht mit der Überschuldung ab.

Wie jedes größere Gemeinwesen braucht auch Lübeck einen Finanzsenator. Die bisherige Personalunion mit dem Bürgermeisteramt lehnen wir strikt ab, weil es dadurch zu einer Interessenskollision kommt und der Fokus auf die Finanzen der Stadt verloren geht. Der wirtschaftliche Nutzen der Wiedereinrichtung des Postens eines Finanzsenators ist größer als damit verbundene Aufwendungen. Die Finanzen unserer Stadt sind kein Nebenjob!

Wirtschaftsstandort Lübeck attraktiver gestalten

Profitable Unternehmen, die Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, sind die Grundlage gesunder städtischer Finanzen. Wir wollen deren Ansiedlung durch ein wirtschaftsfreundliches Klima fördern. Dies wollen wir durch eine dienstleistungsorientierte Verwaltung mit zentralen Ansprechpartnern und einer Angleichung der Gewerbesteuerhebesätze an das Landesmittel erreichen. Wir wollen Lübeck als attraktiven Tourismusstandort ausbauen und stehen für eine Stärkung des Flug- und Kreuzfahrttourismus.

Soziale Marktwirtschaft wieder stärken

Eine immer stärkere Regulierung der Unternehmen und damit einhergehend eine zunehmende Bürokratisierung (z.B. in Form von langwierigen und aufwendigen Genehmigungsverfahren), auch auf kommunaler Ebene, erschweren eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln und ersticken unternehmerische Initiativen. Diese negative Entwicklung muss zurückgedrängt und für Bürger und Unternehmen wieder mehr Freiraum für eigenverantwortliches Handeln geschaffen werden. Nur eine gesunde und starke Wirtschaft kann auch gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze bieten.

Hafenstandort stärken

Der Seehandel hat Lübeck groß gemacht und der Hafenbetrieb ist immer noch von großer und sogar wachsender wirtschaftlicher Bedeutung. Wir wollen die Vorteile, die sich aus unserer geographischen Lage ergeben, konsequent nutzen und den Hafenstandort Lübeck erhalten und weiter ausbauen mit dem Ziel, Lübeck zum größten deutschen Ostseehafen für den Güterumschlag und den Personenverkehr zu machen. Auch wollen wir an der städtischen Beteiligung an der LHG festhalten.

Wohnen & Bauen

Wohnraum muss geschaffen werden! Fehlender Neubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte und die ungezügelte, gesetzeswidrige Zuwanderung führen dazu, dass es im ohnehin angespannten Wohnungsmarkt zusehends schwerer wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher müssen in Lübeck marktkonforme Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnbau geschaffen werden. Wenn Lübeck eine Stadt mit Zukunft sein möchte, muss mehr gebaut werden.

Neuausrichtung der Wohnungs- und Eigenheimpolitik

Die derzeitige Wohnungspolitik der Hansestadt ist einseitig nur auf die Errichtung neuer Wohnblocks ausgerichtet. Dies entspricht jedoch häufig nicht der Interessenslage der Bürger. Die Politik muss daher neu ausgerichtet werden mit dem Ziel, für ein ausreichendes umfassendes Angebot an Miet- und Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern, als auch an Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften und Reihenhäusern Sorge zu tragen. Die individuellen Bedürfnisse hängen sehr stark von der jeweiligen persönlichen Situation ab.

Es muss ein Programm aufgelegt werden, um insbesondere jungen Familien mit Kindern den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen. Generell muss es das Ziel sein, die Quote für Wohnungseigentum in Lübeck deutlich zu steigern.

Neben der Schaffung von Wohnraum für Familien, muss auch altersgerechtes Wohnen im Fokus stehen. Benötigt wird Wohnraum, den sich Menschen auch im Alter noch leisten können. Wir wollen lebendige Stadtviertel in gepflegter Natur, statt nur auf vielgeschossige Wohnblocks mit Grafitti-beschmierten Wänden in trister Umgebung zu setzen.

Lübeck soll eine Stadt für Menschen aller Altersstufen und Lebensabschnitte sein. Vom Schüler und Studenten, über den Alleinstehenden und Alleinerziehenden, Familien und nicht zuletzt für Menschen im Ruhestand.

Gesundheitspolitik, alt werden in Lübeck

Wir wollen medizinische Versorgung gewährleisten und kurze Wege zu Arztpraxen. Lübeck braucht eine angemessene medizinische Versorgung der Einwohner. Wir werden uns dem Einverleiben von Arztpraxen in privatwirtschaftlich gewinnorientierten Konzernen entgegenstellen, wo diese die flächendeckende Versorgung gefährden.

Wir fördern die Arztpraxis um die Ecke, und wollen den medizinischen Versorgungszentren Alternativen bieten. Entscheidungsgrundlage muss stets die Gewährleistung angemessener medizinischer Versorgung der Menschen sein, sie darf nicht dem Profit untergeordnet werden.

Attraktiver Standort für junge Ärzte und neue Arztpraxen

Wir werden uns in der Hansestadt Lübeck für eine gute Erreichbarkeit von Arztpraxen und medizinischer Versorgung in allen Teilen der Stadt einsetzen. Kommunalpolitik muss Verantwortung übernehmen. Sie kann Einfluss nehmen auf die Kassenärztlichen Vereinigungen und auf die Landes- und Bundespolitik. Wir wollen Hilfestellungen leisten bei Praxisneugründungen junger Ärzte oder Verlegungen von Praxen in schlecht versorgte Gebiete, beispielsweise durch die Bereitstellung von Immobilien mit vertretbarem Mietzins.

Geburtshilfe sicherstellen – Mutter und Kind umsorgen

Seit Jahren werden bewährte Strukturen der Geburtshilfe wirtschaftlichen Interessen geopfert. Geburtsstationen in Krankenhäusern werden geschlossen, weil diese im gegenwärtigen Finanzierungssystem nicht genug Profit ermöglichen. Freiberuflichen Hebammen wird ihre gesellschaftlich unersetzbare Berufsausübung erschwert, nicht wenige Hebammen geben ihren Beruf auf.

Die AfD steht für eine Familienpolitik, durch die es jungen Paaren leicht gemacht wird, sich für Kinder zu entscheiden. Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Deshalb werden wir wohnortnahe Geburtenstationen langfristig auf einem ganzheitlich hochwertigen Niveau erhalten und streben kurzfristig Wiedereröffnungen von geschlossenen Geburtenstationen an. Wir wollen die freiberufliche Tätigkeit von Hebammen und Geburtshelfern umfassend sichern und stärken, sowie den Nachwuchs für diese Berufe fördern.

Älter werden in Lübeck

Lübeck ist die einzige Kommune in Schleswig-Holstein, die Seniorenheime in kommunaler Hand betreibt. Vorgesehen ist, dass 20 Prozent der Seniorenheime in städtischer Hand verankert sind. Auch in Lübeck wird es in den kommenden Jahren zu einer Zunahme der Zahl älterer Bewohner kommen. Die Errichtung neuer Strukturen für die Versorgung der Senioren muss unter allen Umständen gefördert werden, seien es Tages- oder Vollpflegeeinrichtungen. Dazu gehören auch betreute Wohnformen. Vor diesem Hintergrund ist die von langer Hand geplante Aufgabe des Heiligen-Geist-Hospitals skandalös.

Es gibt wenige Kommunen auf der Welt, die über viele Jahrhunderte hinweg ununterbrochen eine solche zutiefst soziale Einrichtung aufrechterhalten haben. Dieses Altenheim im Heiligen-Geist-Hospital verkörpert in besonderem Maße unsere Werte und humanitären Errungenschaften, auf die wir zu Recht stolz sein können!

Aus Fehlern lernen

Die Corona-Politik seit 2020 war falsch, und zwar in allen Bereichen. Sie hat unendliches Leid über alte Menschen, Familien und Kinder gebracht. Corona-Maßnahmen waren evidenzbefreit, sie verletzen Grund- und Freiheitsrechte und haben die Gesellschaft in ein Klima der Angst und Ausgrenzung getrieben und dabei tief gespalten. Wir sagen, dass sich eine solche Politik niemals wiederholen darf. Deshalb setzen wir uns für eine transparente und öffentliche Untersuchung der kommunalen Corona-Politik seit 2020 ein, um daraus Schlüsse und wirksame Lösungen für die Zukunft zu finden. Wir wollen die Gesellschaft versöhnen, aber wir wollen auch Konsequenzen ziehen, denn das ist die Politik den Menschen in der Hansestadt schuldig.

Sicherheit & Ordnung

Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sie zu verbessern und wiederherzustellen, ist die wichtigste Aufgabe der Politik. Dieser Aufgabe haben wir uns mit der Alternative für Deutschland verschrieben, und wir werden uns dieser Aufgabe für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck stellen.

Die Sicherheitslage in der Hansestadt ist nach wie vor angespannt. Wenngleich die Kriminalitätsbelastung insgesamt rückläufig ist, so können erhebliche Zuwächse der Kriminalstatistik entnommen werden etwa bei Sexualdelikten (Vergewaltigung/sexuelle Nötigung +52,4%), Kfz-Diebstahl (+92,9 %) und den gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamte und Retter nicht kleingeredet werden. Gerade letzteres zeigt, wie sehr Polizeibeamte unter dem Verlust von Vertrauen in den Staat und dem schwindenden Respekt gegenüber den Menschen zu leiden haben, die täglich für die Sicherheit der Bürger in der Hansestadt eintreten. Wir wollen das Vertrauen in die Uniform wiederherstellen und uns für eine bürgernahe Polizei einsetzen, die in angemessener Rechtsanwendung, frei von politischem Diktat und ideologischem Zeitgeist, für Sicherheit und Ordnung in der Hansestadt sorgt.

Wir setzen uns für eine erhöhte Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum ein. Sicherheitspartnerschaften mit kommunalen Ordnungsdiensten wollen wir vertiefen und Aufgaben der öffentlichen Ordnung so strukturieren, dass die Polizei ihrer originären Aufgaben zur Kriminalitätsbekämpfung und der Prävention besser nachkommen kann.

Polizei muss sichtbar sein

Gemeinsam mit der Lübecker Polizei wollen wir ein Konzept für eine verstärkte Bestreifung von Kriminalitätsbrennpunkten erreichen. Wir fordern eine Erhöhung der Anzahl von Polizeibeamten in der Hansestadt und eine bessere Ausstattung der Polizei. Kleinere Polizeidienststellen müssen erhalten bleiben, den Bürgern muss es rund um die Uhr möglich sein, polizeiliche Hilfe mit kurzen Wegen zu erlangen.

Sicherheit des öffentlichen Raumes stärken

Mehr Licht im öffentlichen Raum bedeutet mehr Sicherheit und stärkt das Sicherheitsgefühl gerade bei Frauen und Mädchen in unserer Hansestadt. Bekannte Angsträume in Lübeck wollen wir durch mehr Sicherheit in lebenswerte Räume umwandeln. Wir werden uns für eine Verstärkung der Videoüberwachung von Kriminalitätsbrennpunkten im öffentlichen Raum einsetzen.

Extremisten, Banden und kriminelle Clans haben hier keinen Platz

Kriminellen Clans und Banden werden wir den Kampf ansagen. Auseinandersetzungen um Shisha-Bars und Reviere in der Stadt werden wir mit vermehrter polizeilicher und ordnungsbehördlicher Aktivität entgegentreten. Wir machen deutlich, dass in der Hansestadt keine rechtsfreien Räume geduldet werden.

Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass dem politischen Extremismus in der Hansestadt kein Raum gegeben wird, egal aus welcher Richtung dieser kommt. Seien es die zunehmend dem Linksextremismus zuzurechnenden Klimaproteste oder den verfassungsfeindlichen Gruppierungen der Antifa und nahestehenden Gruppen. Ihnen werden wir keinen öffentlichen Raum mehr geben. Die Wallhalbinsel mit den städtischen Liegenschaften ist seit Jahren Zentrum des gewaltbereiten Linksextremismus in der Hansestadt Lübeck. Wir fordern die Auflösung der Mietverhältnisse. Die attraktiven Liegenschaften vor den Toren der Stadt müssen der Hansestadt Lübeck, den Bürgern und Gästen unserer Stadt zurückgegeben werden.

Verwahrlosung der Stadt entgegenwirken

Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums schafft ein Klima von Rechtsfreiheit und ermutigt zu weiteren Straftaten. Wir setzen uns ein für gepflegte Grünanlagen und die Bekämpfung von Vandalismus, Graffiti und Vermüllung. Plätze und Grünanlagen, die der Erholung und dem Zusammenkommen von Bürgern und Touristen dienen, wollen wir nicht länger der offenen Drogen- und Alkoholikerszene überlassen.

Ältere Menschen vor Kriminellen schützen

Alte Menschen sind besonders schutzbedürftig, denn sie werden häufig Opfer von Betrügern, die sie mit Schockanrufen, falschen Polizeibeamten und den sogenannten Enkeltricks um ihre Ersparnisse bringen. Wir werden ein umfassendes Konzept einer kriminalpräventiven Beratung dieser Gruppe zum Schutz vor Straftaten schaffen. Wir wollen, dass man in der Hansestadt Lübeck in Sicherheit und Würde alt werden kann.

Zuwanderung & Integration

Mit der Öffnung der deutschen Grenzen im September 2015 haben die Altparteien unter Bruch deutschen und europäischen Rechts einen beispiellosen Massenandrang von überwiegend jungen, muslimischen Männern nach Deutschland ausgelöst. Die Altparteien verharren nicht nur im Rechtsbruch und sind entschlossen, die illegale Masseneinwanderung durch Familiennachzug noch auszuweiten und dauerhaft zu machen, sie betreiben dies aktuell im Zeichen der Ukraine-Krise erneut.

Der Wunsch, anderen Menschen in Not und Gefahr zu helfen, ist ehrenhaft und richtig. Der grundgesetzlich garantierte Anspruch auf Asyl ist richtiger und wichtiger Teil der deutschen Identität. Er darf aber kein Freibrief dafür sein, ein Gemeinwesen durch kulturfremde Masseneinwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts nachhaltig zu beschädigen.

Im Zuge der Flüchtlingskrise kamen auch Verbrecher und Terroristen nach Deutschland. Die Morde vom Berliner Breitscheidplatz, von Kandel und Freiburg, aber auch jüngst in Brokstedt sind hier Belege für eine falsche Migrationspolitik. Vergewaltigungen und andere Gewalttaten durch angeblich Schutzsuchende lassen viele zu Recht an der Sicherheit im Lande zweifeln, und noch immer weist die Kriminalstatistik nichtdeutsche Täter mit überrepräsentierten Anteilen aus.

Bekämpfung des Fachkräftemangels

Wir setzen uns für eine geregelte Zuwanderung von Fachkräften entsprechend den Erfordernissen unseres Arbeitsmarktes, bevorzugt aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein. Gerade in den südlichen Mitgliedsstaaten wie Spanien, Italien und Griechenland ist die Arbeitslosenquote besonders bei jungen Erwachsenen sehr hoch. Wir wollen jungen und qualifizierten Menschen eine Perspektive bieten und gleichzeitig unserem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Aber auch aus anderen Ländern und Kontinenten sind uns Fachkräfte willkommen, sofern sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, die Bereitschaft zur Integration mitbringen und unser Arbeitsmarkt entsprechenden Bedarf hat. Als Universitätsstadt haben wir in besonderem Maße ein Interesse an internationalem wissenschaftlichem Austausch und setzen uns für attraktive Bedingungen für Forschung und Lehre ein.

Zuzugsstopp - Keine weiteren Flüchtlinge nach Lübeck

Wir setzen uns dafür ein, dass die Hansestadt Lübeck alle rechtlich zulässigen Mittel ausschöpft, um die Zuweisung weiterer Flüchtlinge nach Lübeck zu verhindern. Wir fordern einen Zuzugsstopp für die Hansestadt Lübeck und folgen damit einem Beispiel mittlerweile zahlreicher anderer Städte und Gemeinden. Finanzielle Kapazitäten, aber auch der Wohnraum in der Stadt, sind im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise erschöpft. Wir wollen Klarheit darüber schaffen, wer sich als Ausländer mit einer Bleibeperspektive bei uns aufhält, und wer angesichts fehlender Bleibeperspektiven den Aufenthalt beenden muss. Wir werden zwischen Flucht aus wirtschaftlichen Gründen, Asyl und dem subsidiären Schutz im Sinne des geltenden Rechts trennscharf unterscheiden.

Wir fordern, die Mitgliedschaft der Hansestadt Lübeck im Bündnis „Sichere Häfen“ zu beenden. Die damit einhergehende Solidarisierung mit den als „zivile Seenotrettung“ getarnten Schlepperorganisationen wie der „Initiative Seebrücke“ lehnen wir ab.

Integration ist Bringschuld

Asylrecht und Flüchtlingsschutz sind auf Zeit angelegt. Sie dürfen nicht als Hintertür zu dauerhafter Masseneinwanderung missbraucht werden. Wir lehnen pauschale und undifferenzierte Integrationsmaßnahmen ebenso ab, wie die Zusammenarbeit mit Personen, Verbänden und Organisationen, die diesem Missbrauch Vorschub leisten. Wir erwarten von Ausländern mit Bleibeperspektive eigene und überprüfbare integrative Anstrengungen. Integrationsverweigerern werden wir das Aufenthaltsrecht entziehen. Parallelgesellschaften werden wir nicht dulden.

Projekte wie das der Lübecker Stadtmütter werden wir selbstverständlich unterstützen.

Straftätern und religiösen Extremisten den Boden entziehen

Ein krimineller Ausländer verwirkt sein Gastrecht. Bei Straftaten durch Ausländer werden wir im Rahmen des geltenden Rechts schnell und konsequent deren Aufenthalt beenden. Wir nehmen es nicht hin, dass unsere Bürger Schutz vor Ausländern suchen müssen, die sich in unserer Hansestadt unter dem Deckmantel der Schutzgewährung aufhalten.

Der Islam gehört nicht zu Deutschland, gleichwohl ist er Realität für viele Gläubige, die im Einklang mit unserer Verfassung und unseren Gesetzen hier leben. Islamisten und Salafisten bedrohen in zunehmendem Maße unsere Sicherheit. Wir werden Aktionen islamistischer und salafistischer Vereine und Personen in Lübeck unterbinden. Islamistischen oder salafistischen Gefährdern werden wir konsequent das Aufenthaltsrecht absprechen und diese abschieben.

Abschiebungen schnell umsetzen

Wir fordern, den Aufenthalt von Ausländern ohne Schutzgrund und Aufenthaltsrecht zügig zu beenden. Die Betreuung von Schutzsuchenden hat immer die Rückkehr in die angestammte Heimat nach Wegfall der Gefahr oder den Wechsel in kulturverwandte Nachbarstaaten der ursprünglichen Heimat im Blick zu behalten. Wir werden die Praxis der serienweisen erteilten Duldungen beenden und auf vermehrte freiwillige Ausreisen hinwirken, und – wo diese nicht erfolgen – Abschiebungen durchsetzen.

Polizei und Behörden den Rücken stärken

Wir sind allen Verwaltungs- und Justizbediensteten, Polizisten, Richtern und Lehrern dankbar, die sich bei ihrem Dienst an Recht und Gesetz ohne Ansehen der Person halten. Wir unterstützen sie nach Kräften gegen alle Anfeindungen seitens Asylindustrie, Migrantenlobby, Altparteien und Medien. Pauschalen Rassismuskorrekturen gegen die Polizei, wie sie aus Teilen der Politik zu vernehmen sind werden wir uns entgegenstellen. Wir fordern von Politik und Behördenleitungen die volle Erfüllung ihrer Fürsorgepflichten gegenüber ihren Bediensteten.

Verkehr & Infrastruktur

Eine gute Infrastruktur und die Mobilität der Bürger stehen wesentlich für Wohlstand und Lebensqualität einer Stadt. Gute Verkehrspolitik denkt in langen Zeiträumen. Die bisherige Lübecker Verkehrspolitik wird diesem Anspruch nicht gerecht. Marode Brücken und Straßen, viele Staus und ein teurer und wenig effizienter Nahverkehr haben die Stadt an den Rand des Kollapses gebracht.

Verdrängung des Autos ist keine Lösung!

Kraftfahrzeuge haben im Straßenverkehr wichtige Funktionen, ob nun als ÖPNV, Gütertransporte, Einsatzwagen oder für den Individualverkehr. Gleichzeitig erhöht sich stetig die Zahl nichtmotorisierter Verkehrsteilnehmer. Die immer höher werdende Verkehrsdichte führt jedoch zu einem immer langsamer werdenden Verkehr, da sich immer mehr Verkehrsteilnehmer den begrenzten Verkehrsraum teilen müssen. Die bisherigen Konzepte zur Lösung dieses Problems zielen leider stets darauf ab, den Kfz-Verkehr zugunsten des Radverkehrs zurückzudrängen. Die gegenwärtige Verkehrspolitik verlagert das Problem lediglich, ohne es jedoch dauerhaft zu lösen.

Staus reduzieren, Verkehrsführung neu denken, mehr Sicherheit für alle

Wir wollen, dass alle Verkehrsteilnehmer, sowohl Kraftfahrer als auch Radfahrer und Fußgänger, sicher und zügig auf Lübecks Straßen vorankommen. Zu diesem Zweck ist eine Ausweitung der Verkehrsfläche an stark frequentierten Orten unabdingbar. In unseren Nachbarländern Dänemark und Niederlande gibt es bereits erfolgreiche Konzepte, den Radverkehr auf eine zweite Ebene zu verlegen, und auch in Süddeutschland gibt es schon vielversprechende Modellversuche. Wir wollen einen Ideenwettbewerb der Verkehrsplaner und Architekten, um nachhaltige und ästhetisch ansprechende Lösungen zu finden, welche mit möglichst wenig Aufwand in den bestehenden Verkehrsraum eingefügt werden können.

Koordination von Straßen- und Brückenbauarbeiten

Um monatelange Dauerstaus zu vermeiden, müssen die Baumaßnahmen so gestaffelt werden, dass sie den laufenden Verkehr möglichst wenig beeinträchtigen. Die Bauarbeiten müssen effizient und zügig durchgeführt werden. Dies können wir durch Einführung eines 3-Schichtbetriebes auf den Baustellen, Arbeiten an den Wochenenden sowie durch einen umfassenden Personal- und Maschineneinsatz auf den Baustellen erreichen.

Stärkung des ÖPNV

Nach einem Bericht des Verkehrswendebeauftragten ist der ÖPNV in Lübeck nicht attraktiv genug für die Bürger dieser Stadt. Eine Befragung hat ergeben, dass nur 39 % der Befragten gerne oder sehr gerne den ÖPNV nutzen. Damit liegt Lübeck im bundesweiten Vergleich auf dem drittletzten Platz bei den deutschen Großstädten. Die Auslastung der Lübecker Busse liegt dem Bericht nach gerade einmal bei 14,5 % und damit deutlich unter dem bundesweiten Mittel von 25 %. Wir wollen das Busangebot deutlich ausbauen und die Takte besonders in den Randgebieten unserer Stadt verdichten. Ferner können Tangentialverbindungen geschaffen und mehr Schnellbusse eingesetzt werden.

Wir setzen uns weiterhin für eine Anbindung unserer Stadt an das Hamburger S-Bahnnetz ein. Eine eng getaktete Verbindung wird viele Berufspendler dazu bewegen, vom Auto auf die S-Bahn umzusteigen.

Der ÖPNV muss für alle bezahlbar bleiben.

Vorschläge anderer Parteien, das Parken in der Lübecker Innenstadt teurer zu machen, um die Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu zwingen, lehnen wir entschieden ab. Die Freiheit der Bürger, selbst ihr Verkehrsmittel zu wählen, darf nicht durch Verbote oder Preissteigerungen in anderen Bereichen eingeschränkt werden.

Bildung & Familie

Ehe und Familie sind die Keimzellen der Gesellschaft. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Die Aufgabe der Politik ist es, sie darin zu unterstützen und nicht, sie zu ersetzen oder zu bevormunden. Auch für die Kommunalpolitik hier in Lübeck gibt es auf diesem Gebiet viel zu tun.

Willkommenskultur für Kinder schaffen

Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Wir streben ein Willkommengeld für Kinder in Lübeck an. Damit möchten wir es Familien leichter machen, die ersten finanziellen Hürden zu nehmen. Bei der Kinderbetreuung soll Wahlfreiheit für die Eltern gelten. Wir wollen ein gutes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesmüttern, aber wir achten auch die Entscheidung für die Betreuung in der eigenen Familie. Kindergärten sollen wohnortnah, gut ausgestattet und bezahlbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass mindestens das letzte Kita-Jahr beitragsfrei wird. Schließtage müssen reduziert und koordiniert werden.

Alleinerziehende wertschätzen und unterstützen

Wertschätzung für Familien ist keine Geringschätzung für Alleinerziehende. Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung.

Sichere Schulen, sichere Schulwege

Kurze Beine, kurze Wege! Schulen, insbesondere Grundschulen, müssen in der Nähe von Wohngebieten erhalten bleiben. Unsere Schulen sollen modern, einladend und sauber sein. Ausstattung und Infrastruktur müssen auf Vordermann gebracht und gehalten werden. Vandalismus, Mobbing und Gewalt sind in den Schulen nicht zu tolerieren. Wir unterstützen die Schulen dabei, mögliche Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Schulverweis auszuschöpfen.

Ideologiefreier Unterricht für unsere Kinder

Kinder sollen Kinder sein dürfen. Wir wollen nicht, dass sie durch zu frühe Konfrontation mit Themen wie „Geschlechtsidentität“ und „sexuelle Diversität“ verunsichert und verstört werden. Daher lehnen wir die Frühsexualisierung von Kindern bereits in der Grundschule ab. Wir setzen uns ein für politische Neutralität der Lehrkräfte, um unsere Kinder vor jeglicher politischen Indoktrinierung zu schützen.

Förderschulen ausbauen und stärken

Keine Inklusion um jeden Preis. Wir setzen uns dafür ein, Förderschulen für lernbehinderte, lernauffällige und geistig behinderte Kinder zu erhalten und diese Kinder nicht in die Regelschulen zu integrieren.

Digitalisierung in der Schule

Im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie wurde deutlich, wie groß die Defizite der schulischen Einrichtungen im Bereich Digitalisierung sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, neben der Ausstattung der Schulen mit entsprechender Hardware alle Lehrkräfte regelmäßig und verpflichtend im Umgang mit Hard- und Software zu schulen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung des Fachs Informatik als Hauptfach neben Deutsch, Mathematik und Englisch ein, um unsere Schüler fit für die Zukunft zu machen. Wir fordern die Schaffung von Stellen für professionelle Informatiker zur Unterstützung jeder Schule, um Server und Netzwerke einzurichten und gegen Cyberattacken zu sichern.

Kunst & Kultur

Ein reiches künstlerisches und kulturelles Angebot ist ein wesentlicher Bestandteil städtischer Lebensqualität. Lübeck zeichnet sich durch ein vielfältiges kulturelles Leben aus, das es zu erhalten und auszubauen gilt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Besuch der Lübecker Museen für Kinder und Jugendliche kostenlos wird. Wir wollen schon frühzeitig ihr Interesse an der wechselvollen Geschichte unseres Gemeinwesens und ihr Verständnis für unsere über Jahrhunderte gewachsene kulturelle Identität wecken, auf die wir zu Recht stolz sind.

Bürgernahe Verwaltung, Digitalisierung

Privatpersonen und Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass die Verwaltung in Lübeck effizient und frei von ideologischer Beeinflussung arbeitet. Die Benutzung der sog. Gendersprache lehnen wir ab. Unser Anspruch geht aber noch weiter: Wir wollen, dass sich die Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Das Rahmenkonzept Digitalisierung muss erweitert und zügiger umgesetzt werden.

Bürgerbeteiligung schon in der Planung

Wir setzen uns für eine Bürgerbeteiligung ein. Auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen, ist das wichtigste Ziel bürgernaher Verwaltung. Daher ist die Bürgerbeteiligung untrennbarer Bestandteil der bürgernahen Verwaltung. Gerade bei größeren Planungsprozessen kommt es darauf an, frühzeitig Transparenz zu schaffen und die Wünsche und Sorgen der Bürger ernst zu nehmen.

Umwelt-, Klima- und Tierschutz

Umweltschutz vor Klimaschutz

Das Erscheinungsbild Deutschlands ist das Ergebnis von Jahrhunderten menschlicher Arbeit. Unsere Vorfahren haben uns Kulturlandschaften hinterlassen, die uns ernähren und erfreuen sowie einer vielseitigen Flora und Fauna ebenso Heimat bieten wie uns Menschen. Gleichzeitig haben menschlicher Pionier- und Erfindergeist zu einem Wohlstand geführt, der es uns ermöglicht, dieses reichhaltige Erbe mit Sorgfalt auch für nachkommende Generationen zu bewahren.

Doch Wohlstand und Natur sind heute massiv gefährdet durch eine Grüne Politik, der sich alle etablierten Parteien unterschiedslos verschrieben haben. Auf Grundlage der nicht bewiesenen Hypothese eines allein menschengemachten Klimawandels wird unsere Industrie planwirtschaftlich umgebaut, gewachsene Kultur- und Naturlandschaften werden rücksichtslos zerstört sowie unsere Freiheiten beschnitten. Dieser radikale Umbau unserer Heimat wird das Klima der Welt nicht ändern, aber unsere sowie die Zukunft unserer Kinder massiv gefährden.

Statt mit Grüner Angst ist den Herausforderungen der Zukunft mit Vernunft und Augenmaß zu begegnen: Zum Beispiel mit technischen Innovationen und effizient produzierter Energie, die unsere Kulturlandschaften nicht zerstört und uns damit die Heimat nicht raubt.

Wir stehen uneingeschränkt zum Umweltschutz, um nachfolgenden Generationen unsere schöne Natur zu erhalten, stellen uns aber gegen jede ideologisch geprägte Klimapolitik.

Tierheime finanziell stärken

Wir möchten, dass der Tierschutz einen höheren Stellenwert in der Kommunalpolitik bekommt. Dazu soll das Lübecker Tierheim mit einem deutlich höheren Anteil als bisher finanziert werden.

Hinweise

Wie unser Programm entstand

Unser Programm zur Kommunalwahl 2023 ist das basisdemokratische Ergebnis einer Mitgliederentscheidung im AfD-Kreisverband Lübeck am 27. März 2023. Viele Ideen, Erfahrungen und Anregungen sind zusammen mit lebhaften und sachkundigen Diskussionen in den Monaten zuvor eingeflossen und haben zu dem geführt, was wir von der AfD Lübeck Ihnen, den Wählern in der Hansestadt Lübeck, mit Stolz nun anbieten können, um für unsere Hansestadt eine bessere Politik zu gestalten.

Wir haben Ihr Interesse geweckt?

Wenn Sie sich in der AfD politisch engagieren wollen, nehmen Sie einfach Kontakt zu uns auf. Gern zeigen wir Ihnen die Möglichkeiten, die in einer echten politischen Alternative stecken können. Sie finden uns im Internet unter <http://afd-hl.de>!

Ihre AfD Lübeck

V. i. S. d. P.

„Kommunalwahlprogramm 2023“
Alternative für Deutschland
Kreisverband Lübeck
Postfach 10 81 89
23530 Lübeck

Sprecherin: Andrea Gaidetzka
Mail: info@afd-hl.de

